

## Eugen Schlachter

Plenum, Mittwoch 13.5.2009

- es gilt das gesprochene Wort -

8. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion  
GRÜNE  
– **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die  
Landesbank Baden-Württemberg**  
Drucksache [14/4365](#)

Herr Präsident,  
meine Damen und Herren,

unsere Landesbank ist in einer schwierigen Situation. Zu einem Jahresverlust von über 2 Mrd. Euro im Jahr 2008 kommen Risiken, die das Kapital der Bank übersteigen und die daher eine Abschirmung erfordern. Dazu kommen Kreditausfallrisiken aufgrund des Einbruchs der Realwirtschaft, der Baden-Württemberg härter trifft als Andere.

Ich will vor diesem Hintergrund zu drei Punkten sprechen:

- Erstens, was es braucht in dieser Situation.
- Zweitens, was es nicht braucht in dieser Situation.
- Drittens, was wir von der Landesregierung erwarten.

Erstens, was es braucht. Wir brauchen ist eine neue Ausrichtung der Landesbank, die sich klarer am öffentlichen Auftrag orientiert. Dies betrifft unternehmerische Entscheidungen des Vorstands und der Gremien, dies betrifft die Frage der künftigen Gestaltung der Landesbankenlandschaft und des öffentlich-rechtlichen Finanzsektors.

Und es betrifft den gesetzlichen Rahmen unserer Bank - das Landesbankgesetz.

Meine Damen und Herren, meine Fraktion hat zu allen drei Dimensionen des Themas konzeptionelle Vorschläge gemacht. Herr Steinbrück ist mit seinem Bad Bank Modell nun auch ein gutes Stück weit in die Richtung gegangen ist, die wir letzte Woche unter der Überschrift „Bridge Bank“ vorgestellt haben, aber wie immer – Herr Steinbrück bricht auf halber Strecke ein, so dass ein Modell untauglich wird und keine Akzeptanz findet. Unsere Vorschläge zur schrittweisen Neuorientierung bei der Landesbankenlandschaft treffen sich weitgehend mit dem, was auch Herr Haasis vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband ins Gespräch gebracht hat. Ich sage dies, um deutlich zu machen, dass es um ein Paket geht, bei der Frage, wie wir die Landesbank neu aufstellen

Heute auf der Tagesordnung steht ein weiterer Baustein - unser Gesetzentwurf zur Änderung des Landesbankgesetzes. Wir wollen hier in der Tat eine andere Schwerpunktsetzung des öffentlichen Auftrags der Bank: Nicht „international tätige Universalbank“ sondern ein regional ausgerichtetes Spitzeninstitut der Sparkassen – und dies mit einer klaren Betonung der realwirtschaftlichen Kreditversorgung und einer klaren Mittelstandorientierung. Die LBBW braucht ein Geschäftsmodell, das künftig auf die Realwirtschaft setzt und nicht auf „virtuelle Finanzprodukte“.

Und wir setzen damit bewusst auch einen Kontrapunkt zu den Empfehlungen des Berger-Gutachtens hinsichtlich der bundesweiten Ausdehnung der Bank – diese Expansionsphantasien brächten auf Jahre mehr neue Risiken als neue Erträge, denn wer expandieren will, muss Risiken nehmen, die andere nicht wollen. Und dieser Piratenkurs gegen andere Landesbanken führt zudem zu einer Blockade der

Zusammenarbeit mit den anderen Ländern. Da braucht sich doch niemand zu wundern, dass Herr Steinbrück meint, jetzt müsse es bei den Fusionen der Landesbanken mit der Brechstange gehen – wobei, auch dies ist natürlich eine Sackgasse. Was es bräuchte ist: Mehr Perspektive statt mehr Papageien.

Wir wollen auch, dass der öffentliche Auftrag mehr Gewicht hat in den Gremien, insbesondere im Verwaltungsrat und wollen daher festschreiben, dass sechs von 30 Verwaltungsratsmitglieder nicht den Organisationen der Träger angehören – zugegeben, das haben wir vom aktuellen Gesetzentwurf der bayerischen Staatsregierung abgeguckt – es ist einfach richtig. Ich weiß nun wohl, dass es schon jetzt einige externe Mitglieder des Verwaltungsrats gibt, aber diese werden erstens von den einzelnen Trägern bestellt – Träger, die in der Vergangenheit zu sehr auf den Profit und zu wenig auf den öffentlichen Auftrag geschaut haben - und es fehlt dazu zweitens eine verbindliche gesetzliche Regelung. Diese wollen wir ins Gesetz schreiben.

Und nun zweitens, was es nicht braucht in dieser Situation.

Meine Damen und Herren,

Was es nicht braucht, ist eine Personaldebatte, wie wir sie erleben mussten, und zwar von Seiten derjenigen, die alle unternehmerischen Entscheidungen in den Gremien mit getragen haben. Was es nicht braucht, ist der Ersatz von seriöser Bankenpolitik durch parteipolitische Machtspielchen. Und auf was Baden-Württemberg gerne verzichten kann, ist der Vertrauensschaden, der dadurch für die Bank und für die Landespolitik entstanden ist.

Die Ratingagenturen haben reagiert und die LBBW heruntergestuft.

Handlungsfähigkeit, ein Neuanfang, Herr Noll, entsteht durch die besseren Konzepte und nicht durch den lautereren Krawall –

ich erinnere mich gute, dass auch Sie von der FDP-Fraktion noch vor wenigen Monaten hier das Hohelied auf die Geschäftspolitik der LBBW gesungen haben,

-Herr Theurer sagte, die LBBW sei eine „Landesbank, die sehr erfolgreich ist“ (Plenarprotokoll vom 2. April 2008, Seite 2849). Frau Berroth meinte dass Zahlen nicht wichtig seien, da ja bekanntlich morgens das Konto voll und abends leer sei.

und jetzt haben Sie bei der FDP nach der Methode „haltet den Dieb“ einen Sündenbock gefunden und geschasst, um von Ihren eigenen, früheren Fehleinschätzungen abzulenken.

Herr Ministerpräsident, ich will gerne einräumen: Handlungsfähigkeit heißt auch mal, dass man sich nicht durchsetzt, dass man einsieht, dass ein anderer das bessere Konzept hat. Und wenn Herr Oettinger nun gesagt hätte:

„In Ordnung, die FDP hat für die Neuausrichtung der Bank das bessere Konzept, da lenke ich ein.“ Dann hätten wir gesagt, Respekt. Das ist politische Handlungsfähigkeit. Leider ist diese Variante schon logisch nicht möglich, da die FDP niemals ein fachliches Konzept für die Neuausrichtung der Bank hatte und nicht hat. Also hätten Sie nein sagen müssen. Dass Sie es nicht getan haben, war kein Beleg einer an der Sache orientierten Landespolitik – und dies wäre wichtig gewesen in dieser Situation.

Drittens, was erwarten wir von der Landesregierung.

Wir erwarten nun nicht, dass Sie hier öffentlich unseren Vorschlägen im einzelnen Detail zustimmen. Was wir aber als Minimum jetzt von der Landesregierung, was wir vom Ministerpräsidenten erwarten, ist , dass die Neuausrichtung der Bank entlang den Leitlinien Realwirtschaft,

Mittelstand, Regionale Orientierung auf die drei Bundesländer,  
Öffentlicher Auftrag und Bündelung der Landesbanken ernsthaft in  
Angriff genommen wird und voran kommt.

Und auch der Rettungsschirm von über 12 Milliarden, macht letztlich  
nur in diesem Paket der Neuausrichtung Sinn.

Alles andere bliebe Flickwerk und gewänne nicht das so dringend  
notwendige Vertrauen der Märkte, der Kunden, der Rating-Agenturen  
und der Öffentlichkeit zurück.

Unsere Paketlösung liegt vor – machen sie was draus.